

Kleine Anfrage Fraktion SVP (Niklaus Mürner/Alexander Feuz): Alle sind gleich, RGM und die Linken sind gleicher. Ist das rechtsstaatlich und demokratisch vertretbar?

Neulich ist vermehrt und gehäuft festzustellen, dass der Gemeinderat nicht gewillt ist, gegen Sachbeschädigungen, Rechtsbrüche, Besetzungen, Nötigungen etc. von RGM und den Linksextremen durchzugreifen. Exemplarische, beliebig erweiterbare Beispiele aus der jüngsten Zeit: - Tagelange Duldung Besetzung Bundesplatz - Zerstörung eines Kunstwerks im Schulhaus Wylergut ohne Strafanzeige. - BLM-Demonstranten ohne Maske und über 300 Demonstranten werden nicht sanktioniert - Unbewilligte Migrant-Demo vom 22.9.2020, keine Strafanzeige gegen die Strippenzieher In diesem Zusammenhang stellen sich die folgenden Fragen, um deren Beantwortung der Gemeinderat höflich ersucht wird.

1. Gelten für linke oder RGM-Rechtsbrüche andere gesetzliche Grundlagen? Falls nein, weshalb wird niemals durchgegriffen?
2. Wo (Link, internes Papier etc.) wird aufgeführt, unter welchen Umständen der Gemeinderat trotz gesetzlichem Auftrag untätig bleibt? Falls ein solches Papier fehlt, wie sichert sich der Gemeinderat gegen Willkür ab?

Bern, 15. Oktober 2020

Erstunterzeichnende: Niklaus Mürner, Alexander Feuz

Mitunterzeichnende: Hans Ulrich Gränicher, Kurt Rüeeggesser, Janosch Weyermann

Antwort des Gemeinderats

Zu Frage 1:

Der Gemeinderat hält fest, dass die gesetzlichen Grundlagen – ungeachtet ihrer politischen Ausrichtung – für alle gelten und gleichermassen angewandt werden.

Zu Frage 2:

Es gibt weder einen solchen Link noch ein solches Papier. Dies braucht es auch nicht.

Bern, 4. November 2020

Der Gemeinderat